

Kulturbetriebs bedient. Wie ein Brief Bachmanns vom 2.2.1958 zeigt, schwelte diese Anschuldigung weiter, bevor sie 1960 in großem Maßstab öffentlich wurde. Reaktionen auf eine Lesung Celans in Bonn sowie eine Rezension des Gedichtbandes *Sprachgitter* durch den Kritiker Günter Blöcker, die Celan als antisemitisch empfand, ließen ihn alle Stabilität verlieren und bei Freunden und Bekannten – voran Bachmann und Frisch – Hilfe suchen.

Ein Vergleich mit den Briefwechseln zwischen Celan und Nelly Sachs verdeutlicht, wie sich die Kluft zu Bachmann erneut vergrößerte und sie mit Zuspitzung der Lage immer weiter in die Kritik geriet. In seinem Hilferuf vom 12.11.1959 unterstellte er Bachmann unter Bezugnahme auf sein Gedicht *Todesfuge*, sie habe vergessen, welche Bedeutung die Shoah für seine Gedichte besitze: »... und so muß ich Dich jetzt daran erinnern –, dass die Todesfuge auch dies für mich ist: eine Grabschrift und ein Grab.« In diesem existenziellen Konflikt, in dem auch Frischs mangelnde Souveränität

unübersehbar ist, wird Schweigen für Bachmann schließlich zum letzten Ausweg aus einem unauflösbaren Dilemma.

Für die Frage nach dem Erkenntnisgewinn des Briefwechsels spielt der Blick auf die Gesellschaft jener Zeit eine wichtige Rolle. Gerade in dieser Beziehung zeigt sich, wie sehr die Veröffentlichung dieser Briefe auf eine umfangreiche Kommentierung angewiesen ist. Claire Golls Plagiatsvorwürfe konnten ihre Wirksamkeit nur entfalten, weil ihre Beschuldigungen auf eine empfangsbereite Zuhörerschaft stießen. Das wirft Licht auf den deutschen Kulturbetrieb jener Zeit und einige seiner namhaften Repräsentanten.

*Herzzeit. Ingeborg Bachmann – Paul Celan. Der Briefwechsel. Mit den Briefwechseln zwischen Paul Celan und Max Frisch sowie zwischen Ingeborg Bachmann und Gisèle Celan-Lestrange. Hrsg. u. kommentiert von Bertrand Badiou, Hans Höller, Andrea Stoll und Barbara Wiedemann. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2008, 401 S., € 24,80.*

*Klaus-Jürgen Scherer*

## **Weltdemokratie als aktuelle Gestaltungsaufgabe**

*Von Globalisierung ist die Rede, wenn es um die weltweiten selbstzerstörerischen Entwicklungen geht, wenn die großen Zukunftsaufgaben – die Bändigung des Finanzmarktkapitalismus, die Überwindung von Massenarmut in den Entwicklungsländern und von sozialen Spaltungen in der Wohlstandszone, die Ersetzung fossiler und nuklearer Ressourcen durch erneuerbare Energiequellen – angemahnt werden. Politisch-institutionelle Antworten (polity) auf die Weltprobleme bleiben in der Regel jedoch unscharf.*

So verharrt der nationalstaatliche *Mainstream* in der langen, den globalen Problemen nicht mehr angemessenen, Tradition politischen Denkens und Handelns in territorial abgegrenzten Gesellschaften. Zum anderen richten sich Hoffnungen im globalisierungskritischen Diskurs, so man sich nicht in Weltuntergangsszenarien ergeht,



**Klaus-Jürgen Scherer**

(\* 1956) ist Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der NG/FH in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de

auf eine wie auch immer geartete neue Zivilgesellschaft. Internationale NGOs, Internet-Netzwerke, Weltsozialforum, *Greenpeace* und *Attac* werden als Zeichen eines globalen Aufbruchs von unten gedeutet. So auch manch gutgemeinter *Global Governance*-Ansatz. Dem steht eine politikwissenschaftliche Bewegungsforschung gegenüber, die lehrt, dass kritische Öffentlichkeit, Protest-Netzwerke, Basisinitiativen, Bürgerengagement und soziale Bewegungen kein Ersatz für institutionalisierte Politik sind, sondern diese bestenfalls ergänzen und in einer konstruktiven Dialektik mit dem politisch-rechtlichen Institutionengefüge stehen.

Diesem doppelten Defizit setzt Christoph Zöpel seinen faktenreichen Band mit dem etwas sperrigen Titel *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft* entgegen. Er zeigt den angesichts der Globalisierung notwendigen und möglichen Weg hin zum globalen Regieren. Nicht nur ausgehend von Erfahrungen aus internationaler Politik im Auswärtigen Amt und in der *Sozialistischen Internationale*, sondern auch sozialtheoretisch, wirtschaftswissenschaftlich und juristisch wohlbegründet. Beschrieben wird, wie das bisherige System internationaler Politik, die Staatenwelt mit dem Gewaltmonopol nach innen und einem Recht zur Kriegführung nach außen, durch ein politisches System der Weltgesellschaft mit globaler Regionalisierung und Gewaltenteilung ersetzt werden kann.

Wahrlich eine weitreichende Perspektive, der die entstandene, u.a. von Niklas Luhmann und Manuel Castells so beschriebene, Weltgesellschaft zu Grunde liegt. Auch im Hamburger SPD-Grundsatzprogramm (2007) wird eine solche konkrete Utopie von »Weltinnenpolitik« angedeutet, die Zöpel nun systematisch begründet und reformpolitisch ausdekliniert. Bis 2050 sollte es möglich sein, ein auf handlungsfähigen regionalen Großräumen basierendes weltpolitisches Sys-

tem aufzubauen, das neben Exekutive und Gerichten auch eine parlamentarische Dimension enthält.

Dass mittlerweile die Angelegenheiten aller Menschen irgendwie zusammenhängen, so die Ausgangsthese Luhmanns: »dass Evolution Weltgesellschaft konstituiert hat«, dürfte heute kaum noch Widerspruch hervorrufen. Die geschichtlichen Gründe liegen seit Hiroshima bzw. der ersten sowjetischen Atombombe in der Fähigkeit der Menschheit sich zu vernichten, im Anstieg der Weltbevölkerung seit 1945 von 2,5 auf 6,6 Mrd. und bis 2050 auf über 9 Mrd., sowie vor allem in der weltweiten Vernetzung durch die Informationstechnologien. Zudem kennen wir bereits erfolgreiche Beispiele globaler Politik: Etwa in der Gesundheitspolitik die Ausrottung von Infektionen mit dem Hauptergebnis der Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung weltweit von 46 auf 67 Jahre seit 1950, oder die Umweltpolitik mit dem FCKW-Verbot und der Implementierung des Konzepts der Nachhaltigkeit.

### **Eckpunkte eines weltpolitischen Reformkonzeptes**

Die wesentliche Frage ist eben nicht, ob es die Weltgesellschaft gibt, sondern ob sie *politikfähig* ist. Die Beantwortung dieser Frage hängt wie die nach der territorialgesellschaftlichen Politikfähigkeit von Begriffs- und Geschichtssperzeptionen ab. Zöpel sucht deshalb nach universalen Begriffen und universaler Geschichte. Allen Menschen gemeinsam sind Sprachfähigkeit, Technikfähigkeit, Kulturfähigkeit und Rechtsfähigkeit. Kulturelle Identitäten sind multipel, universale Identität liegt in den Menschenrechten eines jeden einzelnen Menschen. Demgegenüber werden Begriffe verworfen, die einem demokratischen politischen System der Weltgesellschaft entgegenstehen, wie »Nation« oder »der überlegene Westen«.

Wie kann nun ein demokratisches politisches System der Weltgesellschaft gestaltet sein? Es beruht auf universalen Menschenrechten, also den Zielen menschlicher Sicherheit und auf globalpolitischen Leistungen, also den Zielen gesellschaftlicher Nachhaltigkeit. Sein Strukturprinzip ist die Gewaltenteilung, primär föderal, aber auch nach Montesquieu.

Föderale Gewaltenteilung lässt ein globales Mehr-Ebenen-System mit starken Weltregionen entstehen. Heute bestehen in der Struktur der UN Ungleichheiten zugunsten mächtiger Staaten, bei Missachtung gleicher politischer Rechte eines jeden Einzelnen. Formal gibt es 192 gleiche Staaten, aber auch die Entscheidungsprivilegien der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates.

Stattdessen seien auf die Einwohner bezogen ausgewogene Regionen erforderlich. Zum Maßstab werden bestehende Regionen, etwa China mit 1,3 Mrd. oder Indien mit 1,1 Mrd. Einwohnern. Perspektive sind neun oder zehn derartiger Regionen, mit im Durchschnitt 660 Mio. Einwohnern: eben China, Indien, dann die USA mit Zentralamerika, Südamerika, Subsahara-Afrika, der Mittlere Osten, Russland mit den GUS-Staaten, Europa und ein oder zwei asiatische Regionen. Sie sollten den UN-Sicherheitsrat bilden. Diese Weltregionen teilen Staatlichkeit mit den ihnen zugehörigen kleineren Staaten, der dritten Ebene. Funktionsfähige Staatlichkeit setzt Einwohnergröße voraus, plausibel sei 1 % der Weltbevölkerung. So gibt es die *großen 18* Staaten mit 69 % der Weltbevölkerung, versteht man die EU als einen staatlichen Akteur sogar 75 %. Kleinere Staaten dienen häufig den Privilegien ihrer Eliten oder werden zum Spielball größerer Staaten.

Auf der globalen Ebene ist die Montesquieuische Gewaltenteilung bereits ausgeprägt. Es gibt eine ausdifferenzierte Exekutive, als Gemeinschaftsinstitution der UN-Sekretariate und der Staaten im Si-

cherheitsrat, als Internationale Gerichtsbarkeit. Es fehlt aber ein globales Parlament, was notwendig sei trotz des westlichen Erschreckens, dass bei menschenrechtsorientierter Repräsentativität von 660 Sitzen 130 auf Chinesen, 110 auf Inder, 49 auf Europäer, 30 auf US-Amerikaner entfallen würden. Hauptdefizit der globalen Ebene sind zudem die Finanzen, deshalb sollten 5 % der Soldaten und 5 % der Militärhaushalte aller Staaten den UN für ihre globalen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Über die Begründung und die Institutionen der Weltpolitik hinaus werden fünf zentrale Programme globaler Entwicklungspolitik vorgeschlagen: Die Globalisierung der Raumgebundenheit mache ein Welt-Raumordnungsprogramm notwendig. Die Individualisierung und gleichzeitige Universalisierung kultureller Identität führe zu einer globalen Politik der informationellen Selbstbestimmung, zu einem weltweiten Netzintegrationsprogramm. Die Ablösung kultureller Integration durch soziale Integration auf der Grundlage von Bildung müsse zu einem Weltbildungsprogramm führen. Die Entwicklung von der territorial gebundenen politischen und bürgerlichen Gesellschaft zur globalen Zivilgesellschaft verlange eine Politik des globalen Gewaltmonopols, ein Programm innerer Weltsicherheit. Die Entwicklung von der Agrar- über die Industrie- zur Wissensgesellschaft führe zu einem integrierten Weltforschungs- und -rohstoffprogramm. Diese fünf Programme, wie die Weltentwicklungspolitik insgesamt, bedürften dabei eines Weltfinanzausgleichs, der über die zwischenstaatliche Entwicklungsfinanzierung weit hinausgehen müsse.

Ein solches weltpolitisches Reformkonzept, ein Wurf, der Orientierung geben will, den Weg in die Zukunft weist, hat nur dann eine Chance, wenn unser Denken durch die globalen Zusammenhänge geprägt wird und wir handlungsorientiert, also politisch

und programmatisch, kommunizieren. Immerhin, in dramatischen globalen Krisen wurde schnell gelernt: Wir besitzen jetzt ein internationales Tsunami-Frühwarnsystem und beim Weltfinanzcrash setzen plötzlich alle auf abgestimmte staatliche Regulierung, als ob es nie eine neoliberale Ideologie gegeben hätte. Bei Zöpel heißt der Gegner »Dogmatismus, Bürokratismus und sozialer Autismus«, demgegenüber lassen

»politische Wertorientierung und kritische Denkorientierung demokratisches Handeln entstehen«. Wie immer unsere Zukunftschancen stehen mögen – ohne Letzteres wird die Gestaltung der Globalisierung nicht gehen.

*Christoph Zöpel: Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft. Eine Orientierung in Worten und Zahlen. Vorwärtsbuch, Berlin 2008, 635 S., € 29,95.*

Gerhard Hofmann

## Ein Standardwerk der Globalisierung

### Gerhard Hofmann

(\* 1948) war langjähriger Chefkorrespondent von RTL und n-tv. Zurzeit ist er Vice President International Affairs der City Solar AG.

Gerhard.Hofmann@citysolar.de



Die zwei Weizsäcker-Brüder können einander eigentlich nicht sonderlich grün sein: Ernst-Ulrich, *Club of Rome*-Mitglied und Ex-*Wuppertal-Instituts*-Chef, warnt einerseits auf dem Schutzumschlag verkaufsfördernd: »Schon einmal gab es Globalisierung, imperialen Wahn, Überforderung der Langsamen, Hass der Verlierer auf die Gewinner und schließlich den großen Krieg. Diese Geschichte darf sich nicht wiederholen!« Bruder Carl Christian dagegen mäkelt in der *Süddeutschen* ziemlich dümmlich, »dass die Kernenergie und auch das Projekt der »sauberen Kohle« höchst verzerrend dargestellt wird, wohl um den Eindruck zu erwecken, dass sie keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten«. Warum der SZ-Redakteur ausgerechnet ein Beiratsmitglied des Atom- und Kohlestromgiganten RWE mit der Rezension des Buches von Harald Schumann und Christiane Grefe betraut hat, bleibt sein Ge-

heimnis. Schmallippig doziert der marktradikale Kölner Ex-Wirtschaftsprofessor schlichten Blödsinn, wie etwa, dass »die Abschaffung der Armut dank der Erfolge der globalisierten Wirtschaft in sichtbare Nähe gerückt« sei und zeigefingert dann: »Falsch ist ... die (nicht belegte) Aussage, fast die Hälfte der Weltbevölkerung müsse mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen.« Ja, war der Emeritus denn noch nie im Internet (oder liest er auch sonst wenig)? Dort finden sich nämlich schlichte 167.000 Belege für die Zahl. Aber der Professor auf dem Altenteil erspart sich und seinen SZ-Lesern weiteres Nachdenken. Wie es beispielsweise durch die Lektüre von *Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahres-Update* des *Club of Rome* drohen könnte. Auch dort steht die Zahl. Schon für 1998. Quelle: Weltbank, 2001. Tendenz: negativ.

Wenn man dem »globalen Countdown« eines nicht vorwerfen kann, dann sind es fehlende Belege. Eher, dass es zuviel davon gibt. Und, dass deren Fülle manchmal etwas ermüdend wirkt, und, dass man sich als Leser durchbeißen muss. Akribisch listen die beiden Autoren die Facetten der Globalisierung auf und was aus ihr werden könnte oder zu werden droht. Grefe/Schumann sind in der Tat weit sachkundiger als ihr Rezensent: Beide haben